

Pressemitteilung

Kohlekraftwerk vor dem Aus – steht die Wiesbadener CDU vor dem Schwenk?

Mainz / Wiesbaden, 18.08.2009: „Nach den jüngsten Äußerungen des Fraktionsvorsitzenden der Wiesbadener CDU in der Stadtverordnetenversammlung, Bernhard Lorenz, fordern wir die Wiesbadener CDU auf, umzudenken und sich den Gegnern des Kraftwerksprojektes anzuschließen. Wenn nach seinen eigenen Feststellungen alle angefragten Banken ein solches Projekt nicht für „hochwirtschaftlich und risikolos“ halten, müsste es doch auch Herrn Lorenz und den übrigen Kraftwerksbefürwortern zu Denken geben. Wenn nach seinen eigenen Angaben auch ein Garantiegeschenk beider Stadtwerke links und rechts des Rheins von zusammen 200 Mio EUR die Banken nicht zum Einsteigen in das Projekt bewegen können, müsste es doch auch Herrn Lorenz und den übrigen Kraftwerksbefürwortern einleuchten, dass das Projekt nicht ohne hohe wirtschaftlichen Risiken ist. Es ist also allerhöchste Zeit zum Umdenken ehe der Schaden für die KMW AG und die beiden Städte Mainz und Wiesbaden noch größer wird. Es gilt jetzt, mit vereinten Kräften den schnellstmöglichen Ausstieg aus dem Projekt zu finden, um von den stadteigenen Gesellschaften weiteren Schaden und zusätzliche Kosten abzuwenden.“, so Marc Legg, 1. Vorsitzender des Bündnisses für eine kohlekraftwerksfreie Region Mainz Wiesbaden zu den Äußerungen des Fraktionsvorsitzenden der Wiesbadener CDU in der Stadtverordnetenversammlung.

„In diesem Zusammenhang fordern wir die Vorstände der KMW AG, der Mainzer Stadtwerken und der ESWE AG nachdrücklich auf, der Bitte des OVG Koblenz vollumfänglich nachzukommen und sämtliche Bauarbeiten einstweilen einzustellen. Das Projekt steht vor dem Scheitern. Jeder Euro, der jetzt noch investiert wird, ist der Bevölkerung nicht mehr vermittelbar.“, so Marc Legg weiter.

„Den von den Mainzer Grünen vorgesehenen Weg, nämlich notfalls die Vorstände abuberufen, wenn diese den Ausstieg nicht mittragen wollen, unterstützen wir voll und ganz. Wir gehen davon aus, dass auch die Wiesbadener Grünen diesen Weg mitgehen werden. Die Bedenken von Herrn Lorenz zu diesem Schritt teilen wir nicht. Es stellt ein vom Aktienrecht vorgegebenen Weg dar, die Vorstände abuberufen, wenn sie das Vertrauen der Gesellschafter, letztlich also den Städten Mainz und Wiesbaden, nicht mehr genießen. Da das Projekt jedoch offensichtlich nicht zu finanzieren ist, hoffen wir auf die Einsichtsfähigkeit der Vorstände und gehen davon aus, dass diese nun ein Ausstiegszenario erarbeiten. Hierfür bieten wir eine ernst gemeinte Zusammenarbeit an.“, ergänzt RA Carl Christian Müller, Vorstandsmitglied des Bündnisses.

„Der absolut falsche Weg wäre es, den Bauplatz nun an die Eon oder RWE zu veräußern, wie von Herrn Lorenz vorgeschlagen. Das würde nämlich nichts anderes bedeuten, als dass das Kohlekraftwerk von der Eon oder der RWE gebaut werden würde. Dem steht jedoch der erklärte Wille der Bevölkerung der Städte in Mainz und Wiesbaden entgegen. Mittlerweile dürfte jeder begriffen haben, dass das Kohlekraftwerk nicht gewollt ist. Ein Weiterverkauf ist im Übrigen auch nicht erforderlich und widerspricht dem politischen Willen der Städte Mainz und Wiesbaden nach einer Energieversorgung in kommunaler Hand, den das Bündnis immer unterstützt hat. Nach wie vor verfügt die KMW über die Baugenehmigung für ein zweites Gaskraftwerk. Andere städtische Energieversorger haben es in jüngster Zeit vorgemacht und Gasbezugsverträge zu wirtschaftlichen Konditionen abgeschlossen. Mit dem Bau des zweiten GuD-Kraftwerkes und dem ernsthaften Einstieg in die Erneuerbaren Energien können die heimischen Arbeitsplätze gesichert werden. Hier sehen wir den richtigen Weg für die Zukunft der KMW.“, so Marc Legg abschließend.